

Das Parlament steht dem Verkehr im Weg

Die bürgerliche Allianz, die neu die Mehrheit im Stadtrat stellt, hat ihren Wählern eine neue Verkehrspolitik versprochen. Die Frage ist, ob die Allianz ihr Versprechen halten kann. Im Parlament haben Mitte-Links und Grünliberale nämlich nach wie vor die Mehrheit.

DAVID HERTER

Mehr Freiheit beim Bauen, eine wirtschaftsfreundliche Verkehrspolitik und keine Steuererhöhungen: So lassen sich die Ziele der bürgerlichen Allianz zusammenfassen, die seit Sonntag die Mehrheit im Stadtrat stellt.

Möglich machte die Wende ein direkter Angriff auf Bauvorsteherin Pearl Pedernana (SP), die auch für die umstrittene Parkplatzverordnung zuständig ist. Das hat sich ausgezahlt. Nach der Abwahl Pedernanas und ihrem Ersatz durch Josef Lisibach (SP) scheint die Fortsetzung der bürgerlichen Finanzpolitik gesichert. Beim Sparen wird die neue Mehrheit im Stadtrat auf die Grünliberalen zählen können, die in der Budgetdebatte

grundsätzlich mit SVP, FDP und CVP für eine Sanierung des Haushaltes ohne höhere Steuern stimmte.

Anders sieht es in Sachen neuer Verkehrspolitik aus, des zweiten

Wahlversprechens der bürgerlichen Allianz: Gings um Parkplätze, Parkhäuser oder den Langsamverkehr, haben die Grünliberalen stets gegen SVP, FDP und CVP gestimmt. Über die von der bürgerlichen Allianz im Wahlkampf versprochene wirtschaftsfreundlichere Verkehrspolitik wird darum faktisch die GLP entscheiden.

Auf Schmusekurs mit der GLP

SVP-Präsident Daniel Oswald will denn auch bei nächster Gelegenheit mit den Grünliberalen das Gespräch suchen, um über die Parkplatzverordnung zu sprechen. Er sieht durchaus Chancen, einen Kompromiss zu finden. Immerhin wolle ja auch die GLP zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. «Das wird ohne zusätzliche Parkplätze kaum möglich sein», sagt Oswald. Die heute in der Verordnung vorgesehene Zahl an Parkplätzen sei zu tief. Werde da nicht

nachgebessert, müsse man damit rechnen, dass der Verkehr und damit die Arbeitsplätze woandershin rollten.

Für mehr kurze Wege

«Über die Anzahl Parkplätze lässt sich das Wirtschaftswachstum nicht steuern», sagt GLP-Fraktionschef Michael Zeugin. Die Aussage «Mehr Parkplätze gleich mehr Wachstum» sei jedenfalls falsch. Auf die Grünliberalen als Partner wird die bürgerliche Allianz für die angestrebte Wende in der Verkehrspolitik also nicht zählen können. Statt über einige Parkplätze mehr oder weniger zu streiten, treibe man besser die Planung für ein Kongresszentrum voran, sagt Zeugin. «Davon verspreche ich mir deutlich stärkere Impulse für den Wirtschaftsstandort Winterthur als von zusätzlichen Parkplätzen.»

Zeugin verweist zurück auf die Zeit, als das Sulzer-Areal Oberwinterthur tatsächlich noch von Sulzer benutzt wurde. «Damals gab es da fast keine Park-

plätze, obwohl viel mehr Menschen auf dem Areal arbeiteten.» Die Mitarbeiter seien mit dem Velo oder Bus in die Fabrik gefahren und nicht von weit her und aus Süddeutschland dahin gependelt. «Um Verkehr zu vermeiden, brauchen wir mehr Arbeitsplätze dort, wo in den letzten Jahren Wohnraum entstanden ist», sagt Zeugin. Und um auf den Strassen auch zu Spitzenzeiten mehr Personen transportieren zu können, müsse wieder ein Tramnetz geplant werden.

Die bürgerliche Allianz wolle eine Lösung, mit der sich eine Mehrheit der Bevölkerung wohlfühlen könne, sagt Oswald. «Wir warten jetzt erst einmal ab, ob der neue Stadtrat die Parkplatzverordnung zurückzieht.» Würden Links-Grün und die Grünliberalen zusätzliche Parkplätze verweigern und auf stur schalten, werde die Allianz die Verordnung mit einer Volksabstimmung zu kippen versuchen.

«Mit Parkplätzen lässt sich das Wachstum nicht steuern»

Michael Zeugin (GLP)



Mehr Auto und Bus geht zu Spitzenzeiten auf der Zürcherstrasse kaum: Die Grünliberalen fordern darum vehement ein Tram. Bild: mad

ZHAW sorgt sich um Erasmus-Programm

Nach dem Ja zur SVP-Initiative droht eine Sistierung des Austauschprogramms Erasmus. Davon betroffen wären auch Hunderte Studenten der ZHAW am Hauptstandort Winterthur.

MIRKO PLÜSS

«Die Chancengleichheit ist bedroht», sagt Stefanie Bertschi. Die ZHAW-Studentin ist Vorstandsmitglied der unabhängigen Erasmus-Student-Network-Sektion in Winterthur. Grund für die Warnung ist die Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» vom Wochenende. Laut Bundespräsident Didier Burkhalter gefährdet diese das Austauschprogramm Erasmus in der Schweiz, welches die Anerkennung von Studienleistungen im europäischen Ausland vereinfacht und die Studierenden finanziell unterstützt.

Bertschi spricht von «unerwünschten Konsequenzen für die Studierenden in der Stadt», falls es zu einer Sistierung des Erasmus-Programms komme. «Fallen die finanziellen Erleichterungen weg, können sich nur noch wenige ein Austauschsemester leisten.» Das Programm sei aber gerade für die wenig

begüterten Studenten ins Leben gerufen worden. Diesen drohe ohne entsprechende Gegenmassnahmen aus der Politik eine Diskriminierung.

Bezüglich Studierendenmobilität liegt die ZHAW mit Hauptstandort Winterthur im Vergleich mit allen Schweizer Universitäten und Hoch-

schulen auf Platz 8. Im Studienjahr 2012/13 nahmen gut 200 Studierende am Austauschprogramm teil. Dafür erhielt die ZHAW einen Pauschalbetrag von rund 340000 Euro von der Europäischen Union. Mit dieser Summe wurden aber auch Lehraufenthalte von Dozierenden bezahlt.

Das Programm sei für die Hochschule von «grosser Bedeutung», schreibt die ZHAW auf Anfrage. Neben der erleichterten Mobilität sei Erasmus auch unerlässlich für einige internationale Studiengänge wie das Bachelorfach «International Management», welches obligatorische Auslandsemester vorschreibt. «Einschneidend» wären die Konsequenzen einer Sistierung laut der ZHAW, falls auch das neue Programm Erasmus+ betroffen wäre. Dieses sieht eine Ausweitung der Austauschaktivitäten im Bereich Forschung vor.

Die ZHAW hofft nun auf Lösungen auf der politischen Ebene. Studenten, die sich bereits für ein Austauschsemester angemeldet haben, müssten sich aber keine Sorgen machen: «Für das kommende Semester sind die finanziellen Mittel garantiert.» Auch der Bewerbungsprozess für das Herbstsemester 2014/15 laufe wie geplant weiter.

Auch Studentin Stefanie Bertschi hofft auf eine Lösung. «Das Programm gibt den Studenten die Möglichkeit, sich auf den fachlichen und kulturellen Austausch und das Erlernen der Sprache zu konzentrieren», sagt sie. Die Studenten machten mit Erasmus vorwiegend positive Erfahrungen. «Deshalb kämpfen wir für den Erhalt des Programms in der Schweiz.»



Auch Studenten der ZHAW in Winterthur droht der «Erasmus»-Stopp. Bild: Marc Dahinden

Auf dem Weg in den Modehimmel

Die Taschen von Katka und Zuzka Griesbach sind für Modebewusste ein Begriff. Seit Langem werden die Taschen in Winterthur produziert, vor einem Jahr haben die Designerinnen für ihr Label am Kirchplatz einen Laden eröffnet. Ab heute präsentieren die beiden jungen Frauen ihre Kollektion für den nächsten Herbst/Winter zusammen mit dem Mode-Suisse-Showroom an der London Fashion Week. Unterstützt werden sie von der Schweizer Botschaft in Grossbritannien und dem «Dash»-Magazin. Die London Fashion Week gehört mit Paris, New York und Mailand zu den vier wichtigsten Modeveranstaltungen der Welt. (kir)

IN KÜRZE

Blaufahrer spielte den Jogger

Am Dienstagabend machte ein 46-jähriger Mann zwischen Dätteln und Neuburg mit dem Auto ein seltsames Fahrmanöver. Er geriet von einem Feldweg ab und blieb auf dem Acker stecken. Als die Stadtpolizei erschien, gab er an, dass er sein Auto abstellen wollte, um joggen zu gehen. Doch die Polizisten merkten rasch, dass etwas nicht stimmte: Der Mann war betrunken. Der Fahrausweis wurde eingezogen. (mf)